



Geteilte See

Die Grenzkämpfe auf dem Meer weiten sich aus

von Kai Kaschinski

Die Hohe See gehört zwar niemandem, aber die Aufteilung der Meere in Einflusszonen schreitet munter fort. Bodenschätze unter dem Meer, die logistischen Verbindungswege zwischen den Kontinenten und die Migration von Süd nach Nord machen die Grenzziehungen auf See immer bedeutender. Ein Vorreiter dabei ist die EU.

Grenzverläufe erkennt man in der Regel auf politischen Karten als Markierungen wieder, die unterschiedlich gefärbte Landflächen trennen und damit den Staaten ihre uns bekannte spezifische Form geben. Seegrenzen sind dagegen nur selten auf den gebräuchlichen Karten eingezeichnet. In der Vorstellungswelt der meisten EuropäerInnen endet deshalb das Territorium ihres Staates zumeist an der Linie, an der sie nasse Füße bekommen. Ausnahmen sind Seeleute und mehr und mehr auch MigrantInnen. Sie wissen von diesen unsichtbaren Grenzen und ihrer Bedeutung, die in den letzten Jahren beständig gewachsen ist.

Im Wesentlichen sind drei Gründe für den Bedeutungszuwachs der Grenzen auf See verantwortlich. Zum einen trägt die zunehmende Konkurrenz um die Ressourcen in den Ozeanen dazu bei. Zum anderen wächst mit der weltweiten Verflechtung der Ökonomie die Aufgabe, zuverlässige und sichere Schiffsrouten zu garantieren. Zum dritten spielt der Versuch, die Migrationskontrolle auf den Weltmeeren zu verstärken, eine wichtige Rolle. Mit diesen Entwicklungen einher geht die generelle Aufwertung der Meerespolitik.

Die EU nimmt bei der internationalen Meerespolitik eine Vorreiterposition ein. Konkrete Ergebnisse dieser Politik sind Strategien wie das "Integrierte Küstenzonenmanagement" oder die Einrichtung des "Kommissariats für Maritime Angelegenheiten und Fischerei". Das Meer soll zum festen Bestandteil der politischen Agenda gemacht

und die Notwendigkeit einer weitreichenden Meerespolitik in der öffentlichen Wahrnehmung verankert werden. So heißt es im so genannten "Blauen Buch" über "Eine integrierte Meerespolitik für die Europäische Union": "Die Meere sind Europas Lebensblut. Europas Küsten und Meeresgebiete sind für sein Wohlergehen und für seinen Wohlstand von zentraler Bedeutung ... Eine integrierte Meerespolitik wird Europa in die Lage versetzen, den von der Globalisierung, dem Klimawandel, der Gefährdung der Meeresumwelt, der Problematik der Energie- Versorgungssicherheit und der Nachhaltigkeit sowie dem zunehmenden demografischen Druck auf Europas Küsten ausgehenden Herausforderungen besser als bisher zu begegnen."

liberum versus clausum

Wenn sich bisher die meisten dieser Initiativen auf die küstennahen Gewässer beschränken, so ist die Struktur dieser Politik doch nur mit dem Blick auf die Weltmeere im Ganzen und ihrer Geschichte zu verstehen. In seinem heute noch zitierten Werk "mare liberum" von 1609 betrachtete Hugo Grotius die Meere als ein exterritoriales Gebiet, dessen Nutzung und Befahrung jedem zustand. Seine Auftraggeber von der holländischen Ostindien-Kompanie wollten durch diese Argumentation ihren Anspruch auf das begründen, was bis dahin von der spanischen und portugiesischen Krone beherrscht wurde: den freien Zugang zum Meer. In seiner Bulle "Inter caetera" hatte Papst Alexander VI. 1493 den Erdball bei 38° westlicher Länge im Atlantik in zwei Hoheitsgebiete geteilt und die westliche Hälfte Portugal und die östliche Spanien zugesprochen. In späteren Folgevereinbarungen verschoben die beiden Seemächte in binationalen Verhandlungen entsprechend ihrer jeweiligen Interessenlagen diese Grenzlinie.

Die anderen europäischen Mächte, die ebenfalls Kolonien erobern und Seehandel betreiben wollten, erkannten diese Verträge aus nahe liegenden Gründen nicht an. Wie die holländische Ostindien-Kompanie so verfolgte auch das britische Königreich seine eigenen Strategien. Nachdem Großbritannien selbst zur Seemacht geworden war, ver-





neinte es 1639 mit dem Rechtsgutachten "mare clausum" von John Selden wie zuvor die iberischen Königreiche die grundsätzliche Freiheit der Meere und versuchte, den Aufstieg weiterer Seemächte zu verhindern. Ein Unterfangen, das aber selbst der Royal Navy nicht gelang. Schließlich wurde bis in das 20. Jahrhundert hinein weitgehend die 1703 von Cornelis van Bynkershoek in seiner Schrift "De dominio maris dissertatio" formulierte Position anerkannt, dass die nationalen Territorialrechte bei drei Seemeilen enden, der Reichweite eines Geschützes. Lange Zeit war das Seerecht damit vor allem ein Recht der Seefahrt. Die Seerouten sollten beherrscht werden, nicht die Ozeane selbst.

Dies veränderte sich im Laufe der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Heute ist nicht nur die Seefahrt, sondern die Nutzung der Meere im Allgemeinen durch eine Fülle von Institutionen reglementiert. Zu ihnen gehören unter anderem die "Internationale Seeschiffahrts-Organisation" (IMO) und die "United Nations Conference on the Law of the Seas (UNCLOS) sowie Vereinbarungen wie das UN-Seerechtsübereinkommen von 1994. Schwerpunkte der heutigen Meerespolitik sind neben der Schifffahrt die Hafenwirtschaft, der Meeresschutz sowie die Verteilung von Nutzungsrechten an den Ressourcen der Ozeane.

Die fortlaufenden internationalen Verhandlungen in diesen Bereichen sind konfliktrichtig und gekennzeichnet durch das beständige Wechselspiel zwischen nationalen Ansprüchen und dem Bestreben, den freien Zugang zum Meer zu erhalten. Diese Dialektik der Ökonomie der Meere hat ihren Ausgangspunkt darin, dass die Interessen an der Ausbeutung der Meeresressourcen und der Arbeitskraft auf See tendenziell national und an spezifischen Kapitalinteressen orientiert sind. Dagegen ist die Gewährleistung sicherer Handelsrouten und umweltpolitischer Richtlinien supranational ausgerichtet.

Jagd auf Ressourcen

Ihre Brisanz erhalten die Auseinandersetzungen um die Grenzverläufe zu See aufgrund einer allgemeinen Verschiebung zugunsten der In-

teressen an einer Nationalisierung der Meeresressourcen. In erster Linie folgt das aus dem weltweit um sich greifenden Ressourcenmangel und neuen wissenschaftlich-technologischen Anstrengungen, die den Zugriff auf die Schätze des Meeresbodens sowohl im Küsten- als auch perspektivisch im Tiefseebereich ermöglichen. Weder die Migrationskontrolle noch die Sicherung des globalen Seeverkehrs hat einen vergleichbar hohen Einfluss auf die Grenzfragen zu See. Ungefähr ein Drittel der verfügbaren Erdölreserven wird in Offshore-Regionen vermutet. Zudem werden die Meere nicht mehr als die unerschöpfliche Ressourcenquelle schlechthin angesehen. Seit langem genutzte Ressourcen wie die Bestände an Fischen und Meeressäugern gelten mittlerweile als Mangelware. Vor diesem Hintergrund erfährt der Besitz von Nutzungsrechten an Meeresressourcen eine Relevanz, die sie zuvor nicht hatten. Besitzansprüche werden angemeldet und Versuche unternommen, diese durchzusetzen.

Symbolische Aktionen wie das Aufstellen einer Nationalflagge auf dem Grund des Arktischen Ozeans, mit dem Russland im Jahr 2007 seine Ansprüche an einer erweiterten Wirtschaftszone vor seiner Küste untermauern wollte, veranschaulichen das. Dasselbe gilt für den immer wieder kurz vor einer militärischen Eskalation stehende Konflikt zwischen Japan und Südkorea um die Takeshima- und Tok-do-Inseln im Japanischen Meer. Selbst unscheinbare Inseln und alte Kolonialgebiete, die europäische Staaten wie Frankreich und Großbritannien nicht in die Unabhängigkeit entlassen haben, erhalten in diesem Wettlauf um die Ressourcen der Meere eine neue geostrategische Funktion.

Laut dem UN-Seerechtsübereinkommen stehen jedem Staat maximal 12 Seemeilen Hoheitsgebiet und 200 Seemeilen an "Ausschließlicher Wirtschaftszone" (AWZ) in den Ozeanen zu. Jeder nationalisierte Flecken trockenen Landes in der offenen See kann also ein Gebiet mit einer Fläche von mindestens 407.000 km² als Wirtschaftszone ausweisen. Dort können die Rohstoffe geschürft werden, wenn im Umfeld keine anderen Gebietsansprüche bestehen. Über hundert Grenzstreitigkeiten und entsprechend viele Verfahren vor dem





Internationalen Seegerichtshof in Hamburg werden in den nächsten Jahren aufgrund dieser Situation erwartet.

Nationalisierter Abbau

Am Ende werden jedoch weniger die rechtlichen Verfahren, als vielmehr das Vorhandensein der notwendigen Mittel wie Kapital und technisches Know-how darüber entscheiden, ob die jeweiligen Nutzungsrechte von den Eigentümern tatsächlich wahrgenommen werden. In der Realität treten viele Staaten des Südens lediglich als Lizenzgeber in Erscheinung. Vor Westafrika fischt die EU mit günstig erworbenen Rechten und vor Angola ist es der französische Ölkonzern Total, der die Ölförderung vornimmt. Die Nationalisierung der Ressourcen geht auf dem Meer Hand in Hand mit dem Abbau solidarischer Prinzipien und unterläuft den Grundgedanken des Seerechtsübereinkommens, das Meer als gemeinsames Erbe der Menschheit zu verwalten.

Wenn auch der wesentliche Bedeutungszuwachs der Grenzen auf See von der Ressourcenkrise ausgeht, so sollten die Auswirkungen der verstärkten Kontrolle des Schiffverkehrs und der Migration nicht unterschätzt werden. Während die Ressourcenfrage den Grenzverlauf an sich beeinflusst, verantworten die beiden anderen Aspekte wesentlich die mit den Grenzen einhergehenden Sicherheitsregimes. Das Sicherheitsregime auf den Ozeanen ist allerdings keines, das unmittelbar an Territorialgrenzen gebunden ist. Der EU-Einsatz "Atalanta" vor der somalischen Küste ist ein Beispiel dafür, dass eine militärische Intervention zum Schutz der europäischen Handelswege im Kontext der Globalisierung auch am Golf von Aden und im Indischen Ozean erfolgen kann und nicht auf das europäische Hoheitsgebiet beschränkt ist. Eine Unterscheidung zwischen dem eigentlichen Hoheitsgebiet und den globalen Handelsrouten auf den Weltmeeren geschieht hier nicht.

Die gleiche Art des Vorgehens macht sich zunehmend auch Frontex, die "Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen" zu eigen, wenn sie vor den afrikanischen

Küsten patrouilliert und ihren Aktionsbereich kontinuierlich erweitert. Werden die neuen Grenzziehungen und Sicherheitsregimes auf See zusammen betrachtet, zeigt sich eine klare Tendenz: Soll das Eigentum an Waren oder Ressourcen auf See geschützt werden, ist die Grenzziehung auch dort scharf. Für Sicherheitseinsätze hingegen werden die Grenzen immer durchlässiger.

Autor:

Kai Kaschinski lebt in Bremen und arbeitet im "Verein für Internationalismus und Kommunikation" mit am Projekt "Fair Oceans". 2009 hat der Verein den Sammelband "Wem gehört das Meer?" zur internationalen Meerespolitik herausgegeben.

Kontakt:

verein.intkom@gmx.de

Quelle:

Der Artikel »Geteilte See - Die Grenzkämpfe auf dem Meer weiten sich aus« ist erschienen in der iz3w, Ausgabe 318, »Klare Fronten - Alte und neue Grenzregimes« (S. 26ff), Mai/Juni 2010.

